

Meine Arbeit wird weder von einer Organisation, noch von einem Verlag unterstützt – ich bin daher auf **Spenden** angewiesen.¹

GRALSMACHT, IBAN: DE 09 733 699 200 003 728 927

Rudolf Steiner: "Werden die Menschen nicht einsehen, daß diese Beweisart so weit an der Oberfläche des Daseins liegt, daß man eben das Nein und das Ja zugleich beweisen kann mit unserer gegenwärtigen Intelligenz, die für die Naturwissenschaft sehr brauchbar ist, die aber für eine andere Erkenntnis unbrauchbar ist, werden die Menschen nicht einsehen, daß diese Intelligenz, die unserer Wissenschaft so große Dienste leistet, an der Oberfläche liegt, dann werden sie diese Intelligenz anwenden auf dasjenige, was soziales Leben ist, auf dasjenige, was geistiges Leben ist. Dann werden sie das Entgegengesetzte beweisen, der eine dieses, der andere jenes, die eine Gruppe dieses, die andere Gruppe jenes; und da man beides beweisen kann, so werden die Menschen übergehen zu Haß und Erbitterung, die wir ja genügend in unserer Zeit finden. Das alles sind wiederum Dinge, die Ahriman fördern will zur Förderung seiner eigenen Erdeninkarnation. Und was ganz besonders Ahriman dienen wird zur Förderung seiner Erdeninkarnation, das ist die einseitige Auffassung des Evangeliums selbst."
(GA 191, 1. 11. 1919, S. 203, Ausgabe 1989)

Herwig Duschek, 28. 1. 2019

www.gralsmacht.eu

www.gralsmacht.com

2974. Artikel zu den Zeitereignissen

Regimechange in Venezuela? – Geschichte und Hintergründe (2)

(Ich bekam den Hinweis, daß es sich bei dem älteren Herrn im *Economist*-Cover [– s. Artikel 2972, S. 3 –] um den US-Schriftsteller Walt Whitman handeln würde: <https://www.loa.org/writers/296-walt-whitman>)

Wenn es schon heißt:²



Appell an Maduro

USA warnen vor Gewalt gegen Opposition

Stand: 28.01.2019 02:27 Uhr



Der Sicherheitsberater von US-Präsident Trump, Bolton, hat Venezuelas Staatschef Maduro gewarnt, Gewalt gegen US-Diplomaten oder Oppositionschef Guaido anzuwenden. Auf Twitter drohte er mit einer "erheblichen Reaktion".

... dann kann man davon ausgehen, daß jede Gewalt gegen die Opposition den Regierungskreisen "in die Schuhe geschoben" werden wird. Auch wenn diese von ausländischen Ge-

¹ Siehe auch Artikel 1122 (S. 1) und 1123 (S. 1).

² <https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-653.html>

heimdienstkreisen (wie z. Bsp. CIA) lanciert, bzw. verübt werden sollte. Weiter steht in dem Artikel (s.o.), was wiederum aufhorchen läßt:

... Im November hatte Bolton bereits ein härteres Vorgehen gegen Venezuela, aber auch gegen Nicaragua und Kuba angekündigt. Bolton nannte die drei Länder damals "die Troika der Tyrannei in dieser Hemisphäre".

Er fügte in einem weiteren Tweet hinzu: "Wir sind hier, um alle Nationen aufzufordern, die demokratischen Bestrebungen des venezolanischen Volks zu unterstützen, wenn es versucht, sich vom unrechtmäßigen ehemaligen Präsidenten Maduro zu befreien." Die USA wollten dem Land eine glänzende Zukunft bringen.

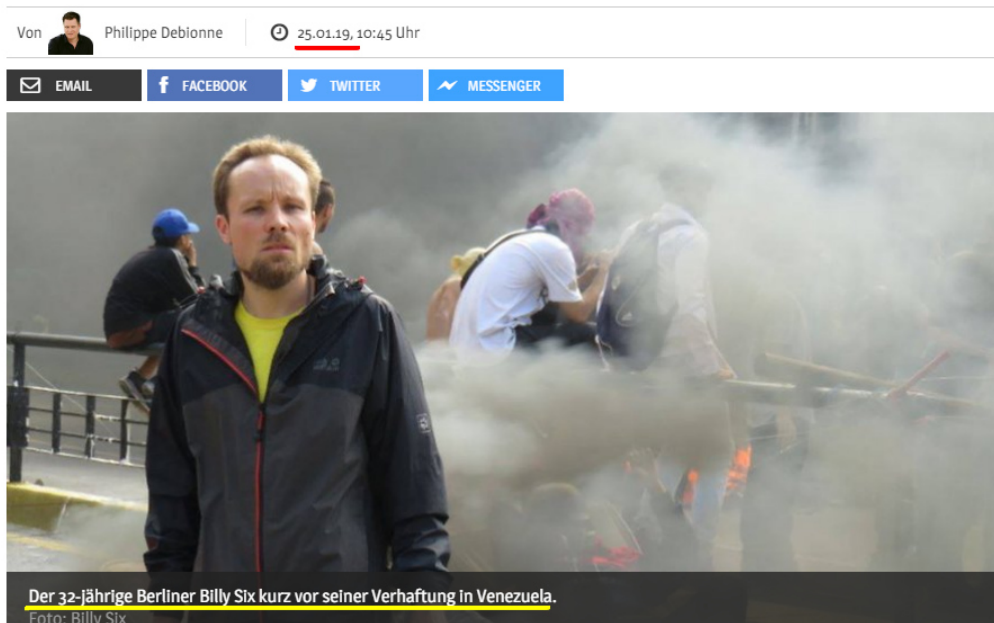
(Wie "glänzend" die Zukunft der Länder "strahlte", wo sich die USA eingemischt hatten, konnte man ja überall sehen ...)

Guaido, Chef des entmachteten Parlaments, hatte sich am Mittwoch (unrechtmäßig³) zum Übergangspräsidenten Venezuelas ernannt. Die USA und viele lateinamerikanische Länder erkannten ihn bereits als neuen Präsidenten an (obwohl er nicht vom Volk gewählt wurde). Am Sonntag schlossen sich Israel und Australien an. Australiens Außenministerin Marise Payne forderte einen "Übergang zur Demokratie in Venezuela so bald wie möglich."

Mehrere EU-Staaten, darunter Deutschland, setzten Maduro eine Frist von acht Tagen, um Neuwahlen auszurufen. Andernfalls würden auch sie Guaido anerkennen. Russland, China, der Iran und die Türkei hingegen halten weiter zu Maduro.

Natürlich ist Nicolas Maduro kein "Waisenknabe" und Venezuela kein "Musterland", was sich (u.a.) im Umgang mit dem deutschen Reporter Billy Six zeigt:⁴

Unruhen in Venezuela Berliner Reporter Billy Six verschollen



³ Siehe Artikel 2973 (S. 2)

⁴ https://www.berliner-zeitung.de/panorama/unruhen-in-venezuela-berliner-reporter-billy-six-verschollen--31934038?dmcid=sm_fb

Der politische Machtkampf in Venezuela droht zu einem Bürgerkrieg zu werden. Bei wütenden Protesten gegen das bisherige Staatsoberhaupt, den sozialistischen Präsidenten Nicolas Maduro, kamen mindestens 13 Menschen ums Leben. Am Mittwoch hatte sich Oppositionsführer Juan Guaidó in Caracas ebenfalls zum Präsidenten erklärt. Nun hat Venezuela faktisch zwei Staatsoberhäupter. Unklar ist bislang, wie sich das Militär verhalten wird. Die Bundesregierung hat angesichts der Proteste Neuwahlen in dem südamerikanischen Land gefordert.

Hintergrund: Maduro war am 10. Januar zu seiner zweiten Amtszeit angetreten, ohne regulär gewählt worden zu sein. Auch der Berliner Journalist Billy Six (32) hatte Maduro öffentlich kritisiert, wurde verhaftet und in ein Militärgefängnis gesperrt. Seit dem 9. Januar fehlt nun jedes Lebenszeichen von Six. Für die rechtskonservative Wochenzeitung "Junge Freiheit" reiste der Berliner im vergangenen Jahr nach Venezuela, schrieb unter anderem einen Artikel mit der Überschrift „Außer Kontrolle geraten“ (s. S. 4-7).



(In diesem Gebäude des venezolanischen Geheimdienstes wurde Billy Six zuletzt gesehen. Foto: Billy Six.)

Darin beschrieb er, warum allein im Jahr 2018 Hunderttausende Einwohner des krisengeschüttelten Landes Venezuela ins benachbarte Kolumbien flohen. Und zog damit den Zorn der Regierung auf sich. Wegen „Spionage und Rebellion“ schnappte sich der berüchtigte venezolanische Geheimdienst den Berliner und warf ihn in einen seiner Folterkeller, das berüchtigte Militärgefängnis El Helicoide in Caracas. Erst nach Wochen durften ihn Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in seiner Zelle besuchen, über inoffizielle Kanäle hatte Six zudem Kontakt zu seinem Bruder.

Auch die „nötige Unterschrift von Billy für die Autorisierung des von uns beauftragten Anwaltes und damit die Ablösung des staatlichen Pseudo-Verteidigers“, sei von den örtlichen Sicherheitsbehörden „verhindert worden“. Daher müsse man „mit dem schlimmsten Fall rechnen, dass unser Billy alleine vor einem Militär-Tribunal stehen und diesem wehrlos ausgeliefert ist“, so sein Vater zur Jungen Freiheit.

Bei seiner ersten Vernehmung vor einem Militär-Gericht am 18. November 2018 habe es zwar noch einen Dolmetscher gegeben, „doch dessen Englisch war einfach nicht zu verstehen. Wir gehen davon aus, dass es dann bei dem Prozess genauso schlimm sein wird.“ Eine faire Verhandlung kann Six auch nach Einschätzung der Organisation "Reporter ohne Grenzen" (ROG) nicht erwarten. „Das Verfahren gegen Billy Six ist eine Farce“, sagt Geschäftsführer Christian Mihr. Nach venezolanischem Gesetz habe „jeder Beschuldigte das Recht, von Beginn der Ermittlungen an von einem Verteidiger seiner Wahl vertreten zu werden“.

Dieses Recht werde Billy Six „seit seiner Festnahme vor mehr als zwei Monaten verwehrt“. Zudem habe er „als Zivilist nichts vor einem Militärgericht zu suchen“. Nach Mihrs Worten handelt es sich „allem Anschein nach“ um ein „politisches Verfahren“. Six werden Spionage, Rebellion und das Verletzen von Sicherheitszonen vorgeworfen.



(In den Straße von Caracas kommt es seit mehreren Tagen zu Ausschreitungen. Foto: AFP)

Er habe bei Militärparaden anlässlich des Unabhängigkeitstages am 5. Juli 2017 und 2018 illegal Fotos gemacht, er habe Staatspräsident Nicolas Maduro auf einer Wahlkampfveranstaltung im Mai 2018 innerhalb einer Sicherheitszone fotografiert und er habe sich mit der kolumbianischen Guerillagruppe FARC getroffen.

Die Fotos, Interviews und Gespräche hätten jedoch „ausschließlich journalistischen Charakter“ gehabt, hatte sein Bruder vor wenigen Wochen in einem Gespräch mit dem "Berliner Kurier" betont. Dennoch drohen Six jetzt 28 Jahre Haft in dem südamerikanischen Land.

Bezeichnend ist, daß sich unser *Linksstaat*⁵ nicht für Billy Six einsetzt – wie anders verhielt er sich doch bei dem linken Journalisten Deniz Yüzel!

In dem besagten Six-Artikel mit dem Titel „*Außer Kontrolle geraten*“ vom 10. 8. 2018 steht:⁶

⁵ Siehe Artikel 2187-2200 und 2207

⁶ <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv18/201833081026.htm>

Fluchtziel Kolumbien: Hunderttausende kehren Venezuela den Rücken / Kein Interesse am Sozialismus

Ein Menschen-Tsunami rollt nach Kolumbien, im Nordwesten Südamerikas. Jeden Tag ab fünf Uhr morgens, wenn bei Cucuta die Schleuse, „Grenzbrücke Simon Bolivar“, aus dem Nachbarland Venezuela geöffnet wird – dem größten Nadelöhr für Personenverkehr zwischen beider Länder. Wie viele Menschen es tatsächlich sind, die den krisengeschüttelten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ am Südrand der Karibik verlassen, darüber schweigen die Regierungen in Caracas und Bogota gleichermaßen.

Vielleicht wüßten sie es nicht einmal selbst, mutmaßen lokale Journalisten angesichts der teils außer Kontrolle geratenen Situation. Auf 20.000 bis 40.000 Zugänge lassen sich die täglichen Einreisen schätzen. Bis zu vier Stunden Anstehen für den Paß-Stempel in den langen Warteschlangen, inmitten einer staubigen, verdreckten, chaotisch wirkenden Umgebung. Die meisten kehren am Abend zurück – mit den Löhnen ihrer Billigarbeit oder Produkten, die in Venezuela Mangelware geworden sind. Doch immerhin mehr als 2.000 Busfahrten werden von spezialisierten Transportunternehmen täglich verkauft – nach Ecuador, Peru, Chile oder Argentinien. Dort, wo noch Geld verdient werden kann.

Drei bis vier Millionen sind schon weg

Für viele Familien ist dies eine Frage der Existenz, seit die Gehälter für etwa 80 Prozent der Venezolaner unter (umgerechnet) zehn Euro im Monat gefallen sind – eine Folge der zur Zeit größten Inflation weltweit, die laut IWF bis Ende des Jahres auf eine Million Prozent ansteigen werde.

Hunderte tauchen täglich in Kolumbien unter, kampieren teils auf den Straßen. Venezuela – einst beliebtes Einwanderungsland, auch für Deutsche – verliert damit hochgerechnet etwa eine Million Menschen im Jahr. Drei bis vier Millionen sind bereits weg, seit „Kommandant“ Hugo Chavez 1999 das Land übernahm und mit seiner linken „Bolivarianischen Revolution“ die „gerechte Umverteilung“ der weltgrößten Ölreserven und einst ertragreichen Agrarflächen anvisierte.⁷

Panama hat bereits reagiert und eine Visumpflicht für Venezolaner eingeführt – die EU ist davon noch weit entfernt. Immer mehr Familien kratzen so ihre finanziellen Rücklagen zusammen, um den Sprößlingen eine Flugreise über den Atlantik zu ermöglichen. Die Asylanträge stiegen hier von 155 im Februar 2016 auf 1.359 im Februar 2018 (EASO) – meist in Spanien. In den USA, hauptsächlich Miami, gehen monatlich „rund 3.000“ Asylgesuche ein, berichtet n-tv – alte Touristen-Visa, die mittlerweile fast gar nicht mehr neu ausgestellt werden. Im armen Kolumbien jedoch, das erst vor kurzem einen 52jährigen Bürgerkrieg hinter sich gelassen hat, sind Hunderttausende gestrandet, denen eine Weiterreise zu teuer ist.

Einer von ihnen ist Luis aus der Industriestadt Valencia: „Als Schuhmacher in Kolumbien verdiene ich zehn bis zwölfmal mehr als ein Anwalt in Venezuela“, berichtet der junge Mann resigniert. Immerhin gestattet die sozialistische Führung des Staatschefs Nicolas Maduro die Ausreise seiner Bürger, anders als „der große Bruder“ Kuba. Viele jener jungen Aufrehrer, die im Sommer 2017 auf die Barrikaden gegangen waren, sind nun außer Landes. Im Unterschied zur DDR benötigt Venezuela keine Fachkräfte, um zu überleben: Die Rohstoff-

⁷ Die große Auswanderungswelle ist meines Erachtens neueren Datums und fällt in die Regierungszeit Maduros.

Deutsche Rentner verlassen Venezuela

"Die Leute schlachten Katzen und Hunde"

20.05.2018, 09:48 Uhr - Zwölf Jahre lang lebte das Hamburger Rentnerhepaar Franz und Gisela Holl in Venezuela. Diese Woche kamen sie zurück nach Deutschland - wegen der schweren Wirtschaftskrise. Sie schildern die Not der Menschen dort.

Mehr zu: [Venezuela](#) | [Nicolas Maduro](#) | [Auswanderer](#) | [Wahlen](#)

[Zum Artikel](#)



<http://www.spiegel.de/video/venezuela-deutsche-verlassen-land-wegen-nicolas-maduro-video-99017696.html>

reichtümer werden an internationale Gläubiger verpfändet. Auch der Drogenschmuggel bringt Devisen ins Land, um die Gunst der führenden Militärs zu sichern. Willkommenskultur ebbt mehr und mehr ab

Nicht umsonst greift der ehemalige kolumbianische Präsident Alvaro Uribe (2002-2010) die Führung in Caracas an, macht ihre Enteignungspolitik für das Chaos verantwortlich. Mit gemischten Gefühlen blicken viele Kolumbianer auf diesen elegant gekleideten Mann, der seit der Wahl seines Zöglings Ivan Duque im Juni wieder zum starken Macher im Lande, das dazu ab 31. Mai erster „globaler Partner“ der Nato in der Region geworden ist, aufsteigt.

Die harte Hand des konservativen Falken ermöglichte, die kommunistischen FARC-Rebellen zur Aufgabe zu drängen. Doch mit seinem Säbelrasseln gegen das Nachbarland scheinen viele eher weniger einverstanden. Bei einer öffentlichen Veranstaltung in „La Parada“ ruft Uribe zum Putsch in Venezuela auf. Dies wiederum nimmt Maduro auf und macht rechtsgerichtete Elemente in Bogota für einen umstrittenen Drohnenangriff nahe der Präsidentenloge am Rande einer Militärparade zum Jahrestag der Bolivarischen Nationalgarde verantwortlich.

Uribe dagegen befeuert die Migration: „Wir werden die Grenze öffnen, die kolumbianische Wirtschaft wiederbeleben – und zeitgleich erklären, daß die Söhne Venezuelas in Kolumbien die selben Rechte und Pflichten haben sollten wie die Kolumbianer“, so Uribe vor venezolanischen Migranten. Sie jubeln ihm zu. Noch vor wenigen Monaten gab es Gratis-Busse ins Landesinnere, bis heute werden Decken und Essen kostenfrei ausgegeben.

Doch viele Kolumbianer in der Umgebung sind eher unzufrieden, so wie Geschäftsmann Pascual Santos: „Die Venezolaner richten viele Probleme an, weil sie sehr schmutzig und unehrlich sind. Sie kommen nicht, um nach Gutem zu suchen, sondern um uns zu schaden und

zu schauen, was sie mitnehmen können." Tatsächlich gibt es derzeit viele Beschwerden über Kriminalität, Vermüllung, Obdachlosigkeit und Prostitution. Von der „Willkommenskultur“ vor ein bis zwei Jahren ist nicht mehr viel übriggeblieben.

Auch die venezolanische Seite meldet Einspruch an. Im Gespräch mit Mitarbeitern der Migrationsbehörde SAIME in Caracas heißt es, daß man in den vergangenen Jahrzehnten etwa fünf Millionen Kolumbianer im Lande aufgenommen und gut integriert habe. Bei der Reisewelle ins Nachbarland handle es sich nun hauptsächlich um Rückkehrer. Alvaro Sanchez, Kongreßabgeordneter für die Auslandskolumbianer, bestätigt diese Zahlen. Er ist Mitglied in Uribes und Duques rechtskonservativem „Centro Democratico“, wohnt selbst in Venezuela.

Beinahe schüchtern erläutert der schwächliche Mann im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT, daß viele dieser Menschen jedoch in Venezuela geboren, Kinder kolumbianischer Eltern(-Teile) seien, so wie er selbst. Von kolumbianischen Migranten kann demnach nur noch bedingt gesprochen werden. Doch beide Länder seien kulturell eng miteinander verbunden, betont Sanchez, der sich anders als Uribe in diplomatischer Zurückhaltung übt. Er betont: „Wenn es Venezuela nicht gutgeht, wird es Kolumbien auch nicht gutgehen.“

Aus dem nachfolgenden *Weltspiegel*-Beitrag vom August 2017 (s.u.) geht hervor, daß die Venezuela-Krise z.T. auf Maduros korruptes Regime zurückzuführen ist. Aber alles ist eben vielschichtig und muß weiter untersucht werden ...



Venezuelas Schicksalstag | Weltspiegel extra⁸

(Fortsetzung folgt.)

⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=B0327SAcgI4>